

# Sozialdemokratischer SPD Pressedienst

P/XXVI/194

11. Oktober 1971

Bremen gibt ein Beispiel

---

SPD wird ihren Wahlerfolg in solide Leistung umsetzen

Von Moritz Thape  
Landesvorsitzender der SPD in Bremen und  
Senator für das Bildungswesen

Seite 1 und 1a / 77 Zeilen

Die Länderparlamente haben Geschichte gemacht

---

Erinnerung an die erste Bürgerschaftswahl in  
Hamburg am 13. Oktober 1946

Von Paul O. Vogel  
Direktor der Staatlichen Pressestelle der  
Freien und Hansestadt Hamburg

Seite 2 bis 4 / 126 Zeilen

Das neue Gesicht der Bundeswehr

---

Zwangsentwicklung zum spezialisierten Soldaten

Seite 5 / 38 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert  
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler  
5300 Bonn 9, Heussallee 2-10  
Postfach: 9169  
Presshaus 1, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 80 37-38  
Telex: 886 846/886 847/  
886 848 PPF D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

### Bremen gibt ein Beispiel

SPD wird ihren Wahlerfolg in solide Leistung umsetzen

Von Moritz Thape

Landesvorsitzender der SPD in Bremen und  
Senator für das Bildungswesen

Die Bürgerschaftswahlen im Lande Bremen haben die SPD mit einem überwältigenden Vertrauensbeweis der Bevölkerung ausgestattet. Der Stimmenzuwachs von fast zehn Prozent gegenüber 1967, der Gewinn von neun Mandaten - das wird mancherorts als eine politische Sensation empfunden.

Die SPD darf stolz sein auf dieses Ergebnis. Bei ihren Gegnern reicht die Skala der Empfindungen von verblüffter Ratlosigkeit bis zu tiefer Niedergeschlagenheit. Noch am Wahltage selbst hatte der Spitzenkandidat der CDU öffentlich von einem grandiosen Wahlerfolg für seine Partei geträumt...

Eine erste Analyse des Wahlergebnisses zeigt jedoch, daß die SPD keineswegs auf einer unerwarteten und unvorherschaubaren Welle des Gefühls zu diesem großen Wahlsieg getragen worden ist. Es sind vielmehr nüchterne Fakten gewesen, an denen sich der Wähler orientiert hat:

1/ Die SPD hatte die bessere Mannschaft mit Hans Koschnick an der Spitze aufgeboten; ihr konnten weder CDU noch FDP etwas Gleichwertiges entgegensetzen.

2/ Die SPD hatte dem Wähler als einzige Partei ein klares und verbindliches Programm vorgelegt; CDU und FDP begnügten sich zumeist mit unverbindlichen, verwaschenen Aussagen.

Zwei Bemerkungen sind dem noch hinzuzufügen:

1/ Die verzweifelten Bemühungen der CDU, die Reformuniversität Bremen als lokalen Wahlkampfknüppel gegen die SPD zu benutzen, sind auf der ganzen Linie gescheitert; die besonnene Hochschulpolitik der SPD ist auf eindrucksvolle Art und Weise bestätigt worden.

2/ Die starke Betonung bundespolitischer Fragen hat der CDU nicht genützt, sie hat ihr eher geschadet; die blindwütigen Attacken, die Strauß, Barzel und Kiesinger in Bremen gegen die

Friedens- und Entspannungspolitik der Regierung Brandt/Scheel geritten haben, sind von den Bremern zurückgewiesen worden; die Wähler haben damit zugleich ihr Urteil abgegeben über den von der CDU/CSU gepflegten Stil der politischen Auseinandersetzung: Sie haben Sachlichkeit und Fairneß der SPD honoriert.

In diesem Zusammenhang ist auch ein Wort zu den radikalen Parteien zu sagen: Weder die NPD noch die DKP werden in der neuen Bürgerschaft (Landtag) vertreten sein. Beide sind mit Hilfe des Stimmzettels zur Bedeutungslosigkeit degradiert worden. Der 10. Oktober 1971 war insbesondere für die Kommunisten eine Lehrstunde - in Bremen wurde deutlich, daß die Bevölkerung revolutionären Parteien eine klare Absage erteilt. Gerade in den traditionellen Arbeiterwahlbezirken haben die Wähler ein Bekenntnis zur Reform unserer gesellschaftlichen Verhältnisse abgelegt, wie sie von der SPD eingeleitet worden ist.

24 Stunden nach der Wahl gibt es verständlicherweise bereits eine Fülle von Spekulationen über die Regierungs- und Koalitionsbildung in Bremen. Man sollte sie nicht sonderlich ernst nehmen. Fest steht nur dies: Der Landesparteilag der SPD hat im Mai die Fortsetzung der in 24 Jahren bewährten Koalition mit der FDP empfohlen. Diese Empfehlung gilt auch heute noch. Ob sie verwirklicht wird, hängt im wesentlichen von den Freien Demokraten ab, die zu den Verlierern der Wahl zählen.

Was die SPD anbetrifft, so kann sie in Gelassenheit die Entwicklung der nächsten Tage und Wochen abwarten. Sie hat ein Wahlprogramm vorgelegt, das jetzt zur Grundlage des Regierungsprogramms wird. Darin sind Ziele und Absichten für die nächsten vier Jahre deutlich umrissen. Von diesem Programm wird es keine Abstriche geben: Die SPD wird es verwirklichen. Sie vertraut dabei auf die in Bremen vielfach bewiesene Bereitschaft zu demokratischer Mitverantwortung. Sie braucht das Zusammenwirken aller, denen das Wohl dieses Landes am Herzen liegt. Sie hofft auf kritische Mitarbeit, nicht auf unkritische Zustimmung.

Bremen hat mit dieser Wahl ein Beispiel gegeben. Nun liegt es an uns Sozialdemokraten, den Wahlerfolg umzusetzen in solide Leistung. Daß dies gelingen wird, das ist meine feste Überzeugung.

(-/ee/11.10.1971/bgy)

## Die Länderparlamente haben Geschichte gemacht

---

Erinnerung an die erste Bürgerschaftswahl in  
Hamburg am 13. Oktober 1946

Von Paul O. Vogel

Direktor der Staatlichen Pressestelle der  
Freien und Hansestadt Hamburg

Obgleich erst 25 Jahre vergangen sind, bedarf es schon heute intensiver Archivarbeit, um das Bild jener Monate wieder lebendig werden zu lassen, in denen während der dunklen Zeit der Jahre 1946/47 die ersten freien Landtagswahlen nach Diktatur und Krieg im Gebiet der heutigen Bundesrepublik stattfanden, beginnend mit den Stadtstaaten. Am 13. Oktober 1971 jährt sich zum 25. Male der Tag, an dem die Hamburger aus einer Liste von 575 Kandidaten 110 Männer und Frauen in die Bürgerschaft - Stadtparlament und Landtag zugleich - wählen konnten, womit die von den Engländern ernannte, ständisch gegliederte Bürgerschaft abgelöst wurde.

Im allgemeinen besteht angesichts der bedrückenden Umstände des Neubeginns des politischen Lebens auf deutschen Boden heutzutage nicht allzuviel Neigung, jener vielen Neuanfänge feiernd zu gedenken, die uns seit vielen Monaten und für weitere Monate nicht aus den Feststunden herauskommen lassen würden. So geht es auch den Hamburgern am 13. Oktober: eine Grußadresse des Senats an die Bürgerschaft und ein Stehempfang mit einer einzigen Ansprache im Zuge einer Routine-Sitzung des Parlaments am 13. Oktober sind alles, was die Erinnerung an jenen Tag vor 25 Jahren zurückrufen wird. Für den kritischen Beobachter der politischen Szene in diesem Lande ist das dennoch ein Anlaß, zurückzublicken und sich gleichzeitig zu fragen, wohin der Weg der deutschen Länderparlamente gehen wird.

Jene 25 Jahre seit 1946 umfassen eine ganze Generation, in dieser Zeit vollzog sich die Spaltung Deutschlands, in der DDR wurden die Länder und damit die Landtage beseitigt, und wir in der BRD haben die - eigentlich noch immer nicht abgeschlossene - Suche nach einem politisch klugen und zugleich gerechten Wahlsystem erlebt. Und nun müssen wir uns mit den Problemen auseinandersetzen, die aus der Stärkung der Zentralinstanzen in Bonn, aus der Sorge der Länder und ihrer Parlamente um eine sinnvolle Eigenständigkeit und aus der Diskussion um die Länderneuordnung erwachsen.

In dem zurückliegenden Vierteljahrhundert haben die deutschen Landtage und Bürgerschaften ganz zweifellos eine großartige Leistung vollbracht. Sie waren die Wegbereiter zur Neuformung der parlamentarischen Demokratie in Deutschland, sie haben gemeinsam mit den Kommunalparlamenten für viele Abgeordnete die Bühne erster politischer Gehversuche gebildet, aus ihren Reihen stammen die meisten Väter des Grundgesetzes und sie haben in der Auseinandersetzung mit den Besatzungsmächten gezeigt, daß Demokratie und

freier Bürgerwille in den Trümmern des Nazireiches feste Wurzeln fassen konnten.

Das alles ändert nichts daran, daß hinter die Arbeit der Landesparlamente heute viele Fragezeichen gesetzt werden, in den Flächenländern vielleicht mehr und auch begründeter als in den Stadtstaaten. Da geht es - um nur einige Stichworte zu nennen - um das Verhältnis der Jugend zu den Parlamenten, um den Anteil der Frauen an den Mandaten sowie um die technischen Arbeitsmöglichkeiten und den Zugang zu Informationen für die Abgeordneten, von denen sich immer mehr den kunstvoll verschachtelten, Leistungsstärken, das Sachwissen verwaltenden Staatsapparaten wie ein waffenloser David gegenüberstehen sehen.

Daran ist sogar viel Wahrheit. Die Parlamente müssen, wenn sie mit der zunehmenden Kompliziertheit der Staatsaufgaben und -strukturen Schritt halten wollen, ihre Hilfsapparate ausbauen. Sie können das natürlich nicht mit dem Ziel tun, nun etwa einen Gleichstand an Sachwissen mit der gesamten Verwaltung zu erreichen; das würde nur die ohnehin vorhandene Gefahr vermehren, daß die Abgrenzung zwischen Exekutive und Legislative weiter verwischt wird. Vielmehr müssen - und dies mit Nachdruck - die Abgeordneten in die Lage versetzt werden, besser als bisher über das Fundament diskutieren zu können, auf dem die Regierungen ihre Entscheidungen gründen. Daher der Ruf aus allen Fraktionen, vor allem bei der mittel- und langfristigen Planung auch die Alternativ-Modelle kennenzulernen, von denen die Regierung eines als gültig ausgewählt hat, ohne dem Parlament zu sagen, wie denn die anderen Vorstellungen ausgesehen haben und weshalb sie verworfen wurden. In diesen Alternativen aber und ihrer Auswahl steckt ja die eigentlich politische Entscheidung über die Gestaltung der Zukunft!

Ein anderes Problem, das nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden wird, ist mit dem Begriff "Stellung der Opposition" umschrieben. In Schleswig-Holstein hat der Oppositionsführer seit langem eine herausgehobene Stellung. In Hamburg ist gerade eine kleine Parlamentsreform durchgeführt worden, in deren Verlauf durch Verfassungsänderung die Kontrollfunktion der Opposition betont wurde und die Rechte der parlamentarischen Minderheiten gestärkt worden sind. Andere Länderparlamente werden sich auf Dauer der Herausforderung durch dieses "Hamburger Modell" nicht entziehen können.

Ein dritter Punkt, der ganz eng mit dem Selbstverständnis der Parlamente zusammenhängt, betrifft ihre Bereitschaft und Fähigkeit zur Selbstdarstellung gegenüber der Öffentlichkeit. Mit der Einrichtung von parlamentarischen Pressstellen allein ist es ganz sicher nicht getan - es geht um Inhalt und Stil der gesamten parlamentarischen Arbeit im Plenum wie in den Ausschüssen. Damit aber hängt untrennbar eine vierte Frage zusammen: Wie werden die Parlamente von morgen zusammengesetzt sein? Je mehr der einzelne Abgeordnete belastet wird, weil die Arbeit an Umfang zunimmt, weil die Fraktionen immer tiefer in die Details der Arbeit der Exekutive einsteigen, je länger die Sitzungen werden, je häufiger die Ausschüsse tagen, je öfter nur noch die Spezialisten sich untereinander verständlich machen können, desto drängender stellt sich

die Frage, wer künftig denn noch Abgeordneter sein will und kann:

Etwa nur noch der delegierte Organisations- oder Unternehmensvertreter, der Staatsfunktionär, der zwar Zeit für die Parlamentsarbeit aufzuwenden vermag, sich dabei aber gleichsam selbst kontrolliert, der Frühpensionär, der durch Einkommen oder Vermögen Unabhängige, die vereinzelte Hausfrau - oder der Berufspolitiker, wie wir ihn im Bundestag ja schon seit langen als unvermeidlichen Regelfall haben? Wer für die Landtage diese Entwicklung nicht will, muß darauf bedacht sein, daß schon vom Arbeitsumfang her die Abgeordneten des Parlaments von morgen noch ein einigermaßen zutreffendes Spiegelbild der Gesellschaft wiedergeben.

All diese Fragen, die ja Stücke einer in Permanenz stattfindenden Parlamentsreform sind, werden von der einen Frage überschattet, was denn überhaupt die künftige Aufgabe der Länder und ihrer Volksvertretungen sein wird. Spätestens hier wird deutlich, daß der Begriff "Länderneuordnung" falsch ist; es geht um eine Neuordnung des Bund-Länder-Verhältnisses und der Aufgabenteilung zwischen beiden. Dabei ist wohl richtig, daß jeder, der die Einseitigkeit der Aufgabenübertragung von den Ländern auf den Bund und die Aushöhlung der Parlamentsbedeutung beenden will, die Länder insgesamt funktionsfähiger als bisher machen muß. Dann können es wohl in der Tat nicht mehr elf wie bisher sein, dann muß man mit der Länderreform auch eine Funktions- und Finanzreform wollen, dann müssen sich die Landtage aktiv und auch mit dem Willen, das eigene Land infrage zu stellen, in diese Aufgabe aktiv einschalten. Gerade im norddeutschen Raum ist auf diesem Gebiet sehr viel in Bewegung geraten.

Das gemeinsame Ziel der Beschäftigung mit diesen Fragen ist klar: Die Stärkung der Länderparlamente! Ohne sie als Orte der unabhängigen Aussprache, des ausgetragenen Konfliktes, des schließlichen Kompromisses und vor allem der Kontrolle der Macht ist bundesstaatlich gegliederte Demokratie - die uns bisher gut bekommen ist - auf Dauer nicht möglich. Sie läßt sich auch nicht erhalten durch Experimente mit so schließenden Vokabeln wie "Imperatives Mandat" oder "Räte-Demokratie"; das alles ist längst durchgespielt und entlarvt worden.

Streit gehört zum Parlament, aber es muß über dem Streit den Konsens in den essentiellen Fragen der Demokratie, in den Spielregeln und über die Grundziele geben. Wenn dieser Konsens zerbricht, dann zerbricht die Demokratie als Herrschaft pluraler Kräfte. Auf diese Erkenntnis wird man sich auch mit der jungen Generation einigen können, die wir an die Arbeit der Parlamente heranführen müssen. Denn nur so kann erfolgreich weitergeführt werden, was vor 25 Jahren so ungewiß begann.

(-/ea/11.10.1971/bgy)

### Das neue Gesicht der Bundeswehr

---

#### Zwangsentwicklung zum spezialisierten Soldaten

Die verkürzende Umstellung der Wehrdienstzeit von 18 auf 15 Monate, die nach Aussage der militärischen Bundeswehr-Spitze mit einiger Sicherheit zum 1. Oktober 1972 erfolgen soll, wird nicht nur große organisatorische Probleme mit sich bringen, deren Bewältigung das Bundesverteidigungsministerium einschließlich sämtlicher unterstellten Behörden vor schwierigste und zeitlich drängende Aufgaben stellen muß. Aber Organisieren an sich sollte eigentlich zum Handwerk gehören und daher zu meistern sein.

Bemerkenswerter ist der parallele und integrierte Zwang, es nicht beim Organisieren allein zu belassen, sondern aus dem Umgänglichen auch Konsequenzen in der Sache zu ziehen. Diese Konsequenzen sind hart und werden weitreichend sein, weitreichender jedenfalls, als das sich mancher Soldat und Beamte heute noch vorzustellen vermag. Die Knappheit dieser fünfzehn Monate Wehrpflichtzeit, von denen vier Monate der sogenannten Grundausbildung zugeordnet sind, zwingt die Bundeswehr dazu, mit der traditionellen militärischen Vorstellung Schluß zu machen, daß das Credo der Soldatenformung in einer möglichst breiten Verwendbarkeit im Waffenträger-Dasein zu suchen und zu finden sei. Der Bundeswehr-Soldat eines hoffentlich nahen morgen wird spezialisierte Aufgaben bekommen und daher auch von Anfang an spezialisiert aus- und fortgebildet werden. Daß ihm in der Ausbildungszeit die wesentlichen Elemente der Infanterieausbildung als der Basis seiner Einsatzmöglichkeit vermittelt werden, ist selbstverständlich. Aber der Allround-Soldat auch der jüngeren Vergangenheit wird in absehbarer Zeit der deutschen Militärgeschichte angehören.

Diese Spezialisierung, die nicht nur bei den Wehrpflichtigen Halt machen kann, muß sich nach Ansicht der militärischen Experten immer weiter fortsetzen und verschärfen. Das technisierte Zeitalter, in dem wir leben, fordert auch bei und von den Soldaten seinen Tribut. Das wird zweifellos auch das Denken und Verhalten der Soldaten maßgeblich beeinflussen und verändern. Die Bundeswehr bekommt mit dieser Veränderung ein neues Gesicht. Diese unaufhaltsame Entwicklung wird innerhalb und außerhalb der Bundeswehr sehr rechtzeitig zu beobachten und anzuerkennen sein. (ee/ee/11.10.1971/bgy)